



Die Wiesbadener SPD versucht die weitere Entwicklung des Wohngebietes Linde- in Kostheim aus wahltaktischen Gründen zu torpedieren.

Während sich die SPD noch im Dezember 2017 zu den Verhandlungsergebnissen bekannt hat, fordert sie nun Nachverhandlungen. Der Investor solle den Bau einer weiteren Kita, eine Brücke zur Maarau sowie einen Jugendraum finanzieren, weil der Wert des Areals gestiegen sei.

Er müsse stärker an der Finanzierung der sozialen Infrastruktur beteiligt werden, lautet die populistische Forderung der SPD.

„Verlässlichkeit geht anders“, erklärt die CDU-Rathausfraktion und lehnt diese Pläne ab. Denn in einem Magistratsbeschluss aus dem Jahr 2012 ist bereits klar geregelt, welche Kosten der Investor zu tragen hat.

Diese konnten zwischenzeitlich durch Verhandlungen des Planungsdezernenten sogar erheblich erhöht werden. Es ist daher unredlich, nun mit neuen Forderungen an den Investor heranzutreten, weil sich in den vergangenen Jahren Bodenwertsteigerungen ergeben haben, zu denen die Stadt ja keinen Beitrag geleistet hat.

Wir würden uns an Bodenwertverlusten ebenfalls nicht beteiligen da die Wertsteigerungen auch nicht durch die Erhöhung der Wohneinheiten zustande gekommen sind, der die Stadt aber aufgrund der angespannten Wohnungsmarktsituation gerne zugestimmt hat.

Die Politik der SPD führt dazu, daß künftige Investoren den Glauben an die Verlässlichkeit der Stadt verlieren werden. Die Stadt verspielt so das Vertrauen in die städtische Wohnungsbaupolitik.

Den beim Linde-Areal eingetretenen Wertanstieg kann man dem Investor nach Jahren nicht einfach durch neue Forderungen in Rechnung stellen. Nun läuft die Landeshauptstadt Gefahr, daß der dort geplante Bau von 800 Wohnungen, darunter 170 geförderte, gefährdet wird.

Die Konsequenzen durch eine Nicht-Bebauung des Linde-Areals sind aber noch fataler. Durch Folgeeffekte könnte der Bau von 1.400 Wohnungen, welche die Stadt dringend braucht, gefährdet sein.